

Nr. 03/02

**N i e d e r s c h r i f t**

**über die Sitzung des Rates der Stadt Oldenburg  
am Montag, 18.03.2002, im PFL**

Anwesend:

**vom Rat:**

Oberbürgermeister Schütz	Ratsherr Mühlbradt
Bürgermeister Nehring	Ratsfrau Müller
Bürgermeisterin Eilers-Dörfler	Ratsherr Müller
Ratsherr Adler	Ratsfrau Multhaupt
Ratsfrau Ahrens-Strassberger	Ratsfrau Neumann
Ratsherr Bischoff	Ratsfrau Neumann-Gäßler
Ratsfrau Bockmann	Ratsherr Dr. Niewerth
Ratsfrau Bollerslev	Ratsfrau Dr. Niewerth-Baumann
Ratsfrau Burdiek	Ratsherr Norrenbrock
Ratsfrau Conty	Ratsherr Reck
Ratsfrau Dammers	Ratsherr Reinking
Ratsherr Danne	Ratsfrau Rohde-Breitkopf
Ratsfrau Diederich	Ratsherr Rosenkranz
Ratsherr Drieling	Ratsfrau Rudolph
Ratsherr Ellberg	Ratsfrau Scheibert
Ratsfrau Gayk	Ratsfrau Scheller
Ratsfrau Gerdes	Ratsfrau von Seggern
Ratsfrau Hartmann bis TOP 7.4.5.7	Ratsherr Siek
Ratsherr Harzmann	Ratsfrau Stolze
Ratsherr Hochmann	Ratsherr Stratmann
Ratsherr Kaps	Ratsherr Tambke
Ratsherr Klarman	Ratsherr Thole
Ratsherr Dr. Knake	Ratsfrau Würdemann
Ratsherr Krummacker	Ratsherr Zietlow
Ratsfrau Lück	

**von der Verwaltung:**

Stadträtin Opphard	Ltd. Städt. Direktorin von Danckelman
Stadträtin Niggemann	Städt. Oberrat Sprung
Leitender Baudirektor Kühl	Pressesprecher Krogmann
	Stadtamtmann Szymanski als Protokollführer

**Entschuldigt fehlen:**

vom Rat:

Ratsherr Dr. Pade  
Ratsherr Schwartz

**Beginn der Sitzung:** 18.08 Uhr

**Ende der Sitzung:** 22.58 Uhr

**Hinweis:**

Mit Ausnahme der **beigefügten Anlagen 2, 3, 7, 19-25, 30 und 31** wurden die Vorlagen bereits zur Sitzung übersandt.

## Öffentliche Sitzung

### **1. Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Ratsvorsitzender Nehring begrüßt die Vertreter der Medien und die zahlreich erschienenen Zuhörer. Ferner weist er darauf hin, dass die Sitzung über die Lautsprecheranlage in die Vorhalle übertragen werde; somit könnten auch die Zuhörer, die keinen Platz mehr auf den Zuhörerrängen im Veranstaltungssaal erhalten haben, der Sitzung folgen.

Er eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

### **2. Genehmigung der Tagesordnung**

Ratsvorsitzender Nehring schlägt vor, den Tagesordnungspunkt (TOP) 7.5.1 „Vertragliche Absicherung von Zuschüssen für den Sport im Verwaltungshaushalt“ abzusetzen, da der Fachausschuss keine Empfehlung ausgesprochen habe. Zu TOP 6.1 „Wahl von Dezernentinnen/Dezernenten“ verweist er auf den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion, mit dem die Reihenfolge der Wahl getauscht werden solle.

Ratsvorsitzender Nehring lässt über den Antrag abstimmen:

- mehrheitlich bei 5 Gegenstimmen angenommen -

Ratsfrau Gayk begrüßt die zahlreichen Zuschauer, die wohl auch wegen des zu beschließenden Haushaltes anwesend seien und damit kommunalpolitisches Interesse bewiesen, worüber sich die Politik freuen solle. Sie beantragt für die PDS-Fraktion, den TOP 7.4.5 (Haushalt 2002) zu vertagen und führt zur Begründung aus, dass der Haushalt viele Kürzungen in Bereichen vorsehe, mit denen die Fraktion nicht einverstanden sei. Darüber hinaus seien die entscheidenden Beratungen nicht in öffentlichen Gremien geführt worden und es seien keine ausreichenden Gespräche mit den von den Kürzungen Betroffenen geführt worden.

Ratsvorsitzender Nehring bittet die Zuschauer Missfallens- und Beifallskundgebungen zu unterlassen, da dieses in öffentlicher Sitzung nicht erlaubt sei. Die Ratsmitglieder sollen ihre Entscheidungen frei von äußerem Druck treffen können.

Im Anschluss lässt er über den Antrag der PDS-Fraktion abstimmen:

- mehrheitlich bei 8 Ja-Stimmen abgelehnt -

Die Tagesordnung wird mit diesen Änderungen vom Rat mehrheitlich bei 8 Gegenstimmen genehmigt.

### **3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 02/02 vom 18.02.2002**

Die Niederschrift Nr. 02/02 vom 18.02.2002 wird vom Rat einstimmig genehmigt.

#### 4. Mitteilungen des Oberbürgermeisters

- liegen nicht vor -

#### 5. Einwohnerfragestunde

(Anlage 1)

Herr Peter Kapels, Sprecher der Bürgerinitiative „Rettet das Altstadtviertel in der Burgstraße“, erhält Gelegenheit, seine Fragen zu stellen. Er verliest die Fragen.

Oberbürgermeister Schütz antwortet, dass zwei Gründe für eine Änderung des Bebauungsplanes sprächen: Zum einen die Aufnahme des Burgstraßenviertels in ein Sanierungsgebiet. Diese Sanierung müsse allerdings in einem vorgegebenen Zeitrahmen von fünf Jahren erfolgen, damit die Mittel für die Sanierung durch das Land Niedersachsen gezahlt würden. Daneben seien die beiden großen Investoren in diesem Sanierungsgebiet dann bereit zu investieren, wenn eine gewisse Anzahl von Stellplätzen realisiert werden könnte. Dieses solle mit der beabsichtigten Änderung des Bebauungsplanes umgesetzt werden.

Ratsvorsitzender Nehring bittet die Zuhörer mehrfach um Ruhe.

Oberbürgermeister Schütz versucht, die Beantwortung der Fragen aus der Bürger-sprechstunde fortzusetzen.

Ratsvorsitzender Nehring unterbricht wegen anhaltender Störungen aus dem Zuhörerbereich die Sitzung für 10 Minuten.

Ratsvorsitzender Nehring eröffnet die unterbrochene Sitzung und bittet die Zuschauer in eigenem Interesse, die Störungen zu unterlassen.

Oberbürgermeister Schütz antwortet zu Frage zwei von Herrn Kapels, dass eine geänderte Planung für das Burgstraßenviertel, die vertretbar sei und den vorhandenen Investoren entgegenkomme, beschlossen werden solle.

Zur Frage der kleinteiligen Bebauung stimmt Oberbürgermeister zu, dass diese erhalten bleiben müsse und daher auch durch eine Änderung des Bebauungsplanes nicht verändert werde.

Die Befürchtung der Bürgerinitiative, durch die Schaffung öffentlicher Parkplätze würde der Kraftfahrzeugverkehr zunehmen, werde von der Verwaltung nicht gesehen, da die jetzt oberirdisch vorhandenen Stellplätze in eine Tiefgarage verlegt würden. Diese Planung sei auch durch den Verkehrsentwicklungsplan gedeckt.

Übereinstimmung bestehe auch, hinsichtlich der Attraktivität dieses Viertels. Diese könne nach Verwaltungsmeinung nur durch Erhalt der Kleinteiligkeit erreicht werden, was der Bebauungsplan nach wie vor vorsehe.

Ratsvorsitzender Nehring weist Herrn Kapels darauf hin, dass er noch die Möglichkeit habe, Zusatzfragen zu stellen.

Herr Kapels nimmt diese Möglichkeit wahr und führt aus, dass es unterschiedliche Meinungen über die Stellplatzfrage gebe, vor allem, ob es sich um private oder öffentliche Parkplätze handele. Er schlägt vor, die Bürgerinitiative einzubinden, die ja auch für den Erhalt und die Neugestaltung des Burgstraßenviertels eintrete. Er bittet den Rat, den vorhandenen Bebauungsplan, der einen geeigneten Kompromiss darstelle, nicht zu ändern.

Oberbürgermeister Schütz weist darauf hin, dass er sehr zuversichtlich sei, dass durch die beabsichtigte Änderung des Bebauungsplanes die Investoren kurzfristig ihre Planungen umsetzen werden. Durch die Verlegung der Parkflächen werde es keinen zusätzlichen Verkehr in dem verkehrsberuhigten Bereich geben. Letztlich müsse es darauf ankommen, dass sich in dem Viertel etwas bewege.

## **6. Verwaltungsausschuss und Fachausschüsse**

### **6.1 Wahl von Dezernentinnen/Dezernenten;**

(Vorlagen 02/0230 und 02/0231) (Anlagen 2 und 3)

Ratsvorsitzender Nehring verweist auf die vorliegenden Tischvorlagen. Er führt aus, dass geheime Wahl gewünscht sei und bittet die Fraktionen um Benennung je eines Mitgliedes als Wahlhelfer. Von den Fraktionen werden benannt:

SPD-Fraktion	Ratsherr Tambke
CDU-Fraktion	Ratsfrau Dr. Niewerth-Baumann
Fraktion B90/Die Grünen	Ratsfrau Müller
FDP-Fraktion	Ratsherr Reinking
PDS-Fraktion	Ratsfrau Gayk

Oberbürgermeister Schütz begründet die von ihm vorgelegten Wahlvorschläge und bittet die Ratsmitglieder um breite Zustimmung bei der anstehenden Wahl. Herr Dr. Pantel sei ein erfahrener Baurat, der auch eine Vorbildung als Architekt habe, worauf er Wert gelegt habe. Darüber hinaus sei Herr Dr. Pantel durch die erfolgreiche Realisierung von Sanierungsgebieten in Achim auch in diesen Fragen sehr kompetent.

Frau Meyn sei derzeit als stellvertretende Oberkreisdirektorin tätig; sie sei Volljuristin und sei im Gesetzgebungs- und Beratungsdienst tätig gewesen. Beide Vorgeschlagenen hätten in der „Vorstellungsrunde“ überzeugt und seien parteilos.

Er bittet die Ratsmitglieder für die zukünftige Zusammenarbeit mit der neuen Dezernentin/dem neuen Dezernenten um einen Vertrauensvorschuss, der sich in einer breiten Mehrheit für die Wahl ausdrücke.

Ratsherr Stratmann stellt fest, dass beide Personen unstrittig hochqualifiziert seien. Darüber könne nicht gestritten werden. Insofern unterstütze er die Aussage des Oberbürgermeisters. Gleichwohl, wie allen bekannt sei, habe sich die CDU-Fraktion recht frühzeitig entschieden, die drei freien Dezernentenstellen nicht alle wieder zu besetzen. Wegen der dramatischen Haushaltslage sollte nur eine Dezernentenstelle wieder besetzt werden. In Anbetracht der Tatsache, dass eine solche Stelle jährlich etwa 200.000 € koste und die Wahl in einer Ratssitzung, in der über die Schließung von Schulen, sozialer und kultureller Einrichtungen entschieden werde, solle die Nachbesetzung verschoben werden, bis sich die Situation in der Stadt Oldenburg verbessert habe. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung werde ja

auch eine Wiederbesetzungssperre zugemutet, was möglicherweise auch Mehrarbeit bedeute. Die CDU-Fraktion habe sich die Frage gestellt, welche der Dezernentenstellen denn vordringlich zu besetzen sei. Die Antwort sei in der dramatischen Finanzsituation gefunden worden, denn die Stadt könne es sich nicht leisten, auf eine Fachfrau/einen Fachmann zu verzichten, die/der es verstehe, mit den Finanzen umzugehen. Deshalb werde die CDU-Fraktion der Wahl der Kämmerin zustimmen und sich bei der Wahl des Stadtbaurates enthalten. Dieses habe nichts mit der Person oder der Qualifikation von Herrn Dr. Pantel zu tun, sondern diese Entscheidung werde von der Grundsatzentscheidung der Fraktion getragen, die nur drei Dezernentenstellen vorsehe.

Ratsfrau Müller findet es bedauerlich, dass die Presse bereits vor der Vorstellung der Bewerber im Verwaltungsausschuss über die „getroffene Auswahl“ berichtet habe. Es sei kein guter Stil, der hier gezeigt worden sei. Weder den Bewerbern noch den politischen Vertretern gegenüber. Der formale Ablauf sei sehr bedauerlich. Gleichwohl wolle die Fraktion den heute zu wählenden Dezernenten ihr Vertrauen schenken und hoffe, dass beide mir einer großen Mehrheit gewählt würden.

Ratsherr Adler stellt fest, dass beide Bewerber qualifiziert seien. Die Fraktion werde sich bei der Wahlentscheidung von dem Ausspruch leiten lassen „Vertrauen ist gut – Kontrolle ist besser“. Zunächst solle den neuen Dezernenten Vertrauen entgegen gebracht werden, darum stimme die PDS-Fraktion für den Wahlvorschlag.

Ratsherr Krummacker teilt für die FDP-Fraktion mit, dass beide Vorschläge des Oberbürgermeisters unterstützt würden. Zu der Aussage, eine Dezernentenstelle einzusparen stellt er fest, dass in der Vergangenheit auch Kritik aufgekommen sei durch die Tatsache, dass nicht alle Bereiche genügend stadtpolitisch gewürdigt worden seien. Gerade das Baudezernat sei eine Schlüsselstelle der kommunalen Tätigkeit, Stadtplanung sei wesentliches Element der Lebensumfeldgestaltung. Es wäre daher fatal, auf diese Stelle zu verzichten, wie die vorhin in der Einwohnerfragestunde gestellten Fragen belegen würden. Die Haltung der CDU-Fraktion werde bedauert.

Ratsherr Dr. Knake äußert sich erfreut über die Tatsache, dass die von der SPD- und der FDP-Fraktion gemachten Vorschläge auf Zustimmung nicht nur in den beiden Parteien gestoßen sei. Ziel sei es gewesen, dass die Vorgeschlagenen durch ihre Qualitäten überzeugten und nicht durch „stramme Haltung“. Dieses sei offensichtlich gelungen. Mit den Vorschlägen sei eine breite Mehrheit gewollt gewesen, die sich nach den Äußerungen auch realisieren lasse. Seine Auffassung sei, dass die neuen Dezernenten, in den schwierigen Zeiten, in denen sie ihre Ämter übernehmen, auch auf eine breite Mehrheit angewiesen seien.

Ratsvorsitzender Nehring weist darauf hin, dass die Verwaltung namentlich aufrufen werde und die Ratsmitglieder die geheime Wahl mit vorbereiteten Wahlzettel in der Wahlkabine stattfinden werde.

Nach Abschluss der Wahlhandlung bittet Ratsvorsitzender Nehring die Wahlhelfer um Auszählung und um Mitteilung des Wahlergebnisses.

Ratsvorsitzender Nehring teilt das Ergebnis für die Wahl mit:

**- Stadträtin/Stadtrat für Stadtplanung und Bauen (Stadtbaurätin/Stadtbaurat)**

- mehrheitlich bei 31 Ja-Stimmen -

Auf Nachfrage von Ratsvorsitzenden Nehring erklärt Herr Dr. Pantel, dass er die Wahl annehme.

Oberbürgermeister beglückwünscht Herrn Dr. Pantel und überreicht einen Blumenstrauß.

Ratsvorsitzender Nehring ruft die Wahl für die Stadtkämmerin auf und weist darauf hin, dass der gleiche Ablauf wie zuvor gelte.

Nach Abschluss der Wahlhandlung bittet Ratsvorsitzender Nehring die Wahlhelfer um Auszählung und um Mitteilung des Wahlergebnisses.

Ratsvorsitzender Nehring teilt das Ergebnis für die Wahl mit:

**- Stadträtin/Stadtrat für Finanzen und Recht (Stadtkämmererin/Stadtkämmerer)**

- mehrheitlich bei 45 Ja-Stimmen -

Auf Nachfrage von Ratsvorsitzenden Nehring erklärt Frau Meyn, dass sie die Wahl annehme.

Oberbürgermeister Schütz beglückwünscht Frau Meyn und überreicht einen Blumenstrauß.

Der Rat fasst folgende Beschlüsse:

## **7. Fachausschüsse**

### **7.1 Jugendhilfeausschuss vom 20.02.2002**

7.1.1 Änderung der Richtlinien der Stadt Oldenburg (Oldb) zur Förderung der Jugendarbeit und der Kinder- und Jugenderholung  
Vorlage: 02/0016 (Anlage 4)

- einstimmig -

### **7.2 Schulausschuss vom 05.03.2002**

7.2.1 Realschule Brüderstraße  
Vorlage: 02/0189 und 02/0216 (Anlage 5, 6 und 7)

Ratsfrau Burdiek teilt für die SPD-Fraktion mit, dass diese Verständnis für die Proteste der Schüler, Eltern und Lehrer der RS Brüderstraße habe. Dennoch ge-

be es eine Realschule in Oldenburg auf Grund der tatsächlichen Schülerzahlen zu viel. Die Entscheidung, eine beliebte Realschule auslaufen zu lassen sei nicht leicht gefallen und richte sich nicht gegen die Qualität der Schule. Ein Weiterbetrieb dieser Schule würde Investitionen von über 1 Mio. € erforderlich machen. Dieses Geld habe die Stadt nicht. Es sei für die Betroffenen kein Trost, dennoch habe die Zusammenlegung auch Vorteile, wie z. B. mehr Angebote an Wahlpflichtkursen und Förderangeboten. Wo sich die Fraktionen der CDU und Bündnis 90/Die Grünen aus der finanziellen Verantwortung zurück zögen, wolle die SPD-Fraktion auch zukünftig in die verbleibenden Realschulstandorte investieren. Die Schülerinnen und Schüler der RS Brüderstraße würden im Klassenverbund wechseln und die Schule werde insgesamt sanft auslaufen. Die SPD-Fraktion werde daher dem Verwaltungsvorschlag zustimmen.

Ratsfrau Würdemann spricht sich für die CDU-Fraktion für den Erhalt der RS Brüderstraße aus. Diese sehr beliebte Schule müsse jedes Jahr 20 % der Anmeldungen wegen fehlender Raumkapazitäten ablehnen. Bei der Schließung würden die Schülerinnen und Schüler über das gesamte Stadtgebiet auf die anderen Realschulen verteilt werden. Den vorliegenden Schülerzahlen sei zu entnehmen, dass die meisten Schülerinnen und Schüler aus Eversten kämen, einem Stadtteil, in dem die Realschule auch zukünftig bereits ausgelastet sei. Sollten dort noch Klassen aus der RS Brüderstraße aufgenommen werden, müsste die RS Eversten erst noch ausgebaut werden, was ebenfalls Kosten verursache. Eine Ersparnis könne daher nicht erkannt werden. Die CDU-Fraktion habe vorgeschlagen, die Einsparungen durch die Nichtbesetzung einer Dezernentenstelle für die Renovierung und Erweiterung der RS Brüderstraße zu verwenden. Da eine Verwertung des Grundstückes der RS Brüderstraße bei einem Weiterbetrieb der kath. Grundschule ausgeschlossen sein dürfte, werde in naher Zukunft damit zu rechnen sein, dass noch eine weitere Schule geschlossen werde.

Für die CDU-Fraktion werde daher namentliche Abstimmung beantragt.

Ratsfrau Lück führt aus, dass es sich um eine kleine und übersichtliche Schule handele, die Jahr für Jahr immer wieder Bewerbungen ablehnen müsse, da die Kapazitäten nicht ausreichten. Diese Schule solle nun gegen den Willen der Eltern geschlossen werden. Mit dieser Entscheidung des Oberbürgermeisters und der SPD-Fraktion würden die eigenen schulpolitischen Landesentscheidungen nicht ernst genommen. Wie ernst sollen dann zukünftig die Bürgerinnen und Bürger den Oberbürgermeister und die SPD-Fraktion nehmen? Langjährige Befürworter der RS Brüderstraße - wie die FDP - änderten in wenigen Tagen ihre Meinung und wollten dann noch zukünftig glaubwürdig sein. Die RS Brüderstraße solle geschlossen werden, weil sie wegen ihrer Vorzüge in Konkurrenz zu den Schulen in den Schulzentren stehe, die nicht voll ausgelastet seien. Die finanzielle Situation der Stadt sei ihrer Meinung nach nur ein willkommener vorgeschobener Grund für die Schließung. Diese Schließung habe für alle Realschülerinnen und -schüler fatale Folgen. Wer von einem sanften Auslaufen spreche, verschleierte, dass die anderen Realschulen 240 Schülerinnen und Schüler aufnehmen müssten; er verschweige auch, dass der Schulentwicklungsplan bis zum Jahr 2010 für die Realschulen eine Zunahme von bis zu 330 Schülerinnen und Schüler für möglich halte. Zusammen mit den 240 Schülern der RS Brüderstraße könnten daher bis zu 19 Klassen zusätzlich auf die Realschulen an den Schulzentren zukommen. Die in der Vorlage genannten Schülerzahlen stimmten auch

nicht mit den Zahlen aus dem statistischen Jahresbericht 2001 überein. Anstatt in den Schulzentren eine Lernatmosphäre nach den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler zu schaffen im Sinne von mehr Qualität statt Quantität, würden durch die Schließung dieser Schule die Schulzentren noch größer und unübersichtlicher. Diese Größe sei pädagogischer Wahnsinn. Die RS Brüderstraße müsse erhalten bleiben. Daher werde die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht zustimmen.

Ratsherr Adler erläutert, dass die PDS-Fraktion dem Verwaltungsvorschlag aus anderen Gründen nicht zustimmen werde, als von den Fraktionen der CDU und Bündnis 90/Die Grünen bisher vorgebracht. Es dürfe mit dieser Entscheidung kein „Privileg“ der RS Brüderstraße verteidigt werden, wie es Frau Lück zuvor angesprochen habe. Er bemängelt, dass die Zahlen des Schulentwicklungsplanes nicht - wie gefordert - öffentlich gemacht worden seien. Nur im Verwaltungsausschuss seien die nachgebesserten Zahlen vorgelegt worden. Es solle heute über Daten beschlossen werden, die in der Öffentlichkeit nicht bekannt seien, zumal die Zahlen „unbrauchbar“ seien. Die Grundaussage der Verwaltung besage, die Klassenverbände der anderen Realschulen würden vergrößert. Der Schulerlass sehe ja eine maximale Größe von 30 Schülern vor und nach den Verwaltungszahlen seien nur 28,5 Schüler erreicht. Es sei rechnerisch aber nicht möglich, auf dieses Ergebnis zu kommen. Die gesamte Berechnung ergebe nur dann einen Sinn, wenn der Schulentwicklungsplan neu erstellt werde. Er könne der Argumentation der Verwaltung nicht folgen, die Erstellung sei sehr zeitaufwendig und sehe eine Beteiligung der Schüler- und Elternvertreter vor. Nach seinem Verständnis müsse in einem demokratischen Prozess die Beteiligung gefordert werden und dürfe nicht als Hemmnis ausgelegt werden.

Der jetzige Zeitdruck für diese Entscheidung sei seiner Auffassung nach auf eine Absprache zwischen der Bezirksregierung und der Stadt zurückzuführen. Der Oberbürgermeister möchte die Entscheidung über die Schließung der RS Brüderstraße heute mit der Verabschiedung des Haushalts treffen lassen. Die Bezirksregierung genehmige dann einen defizitären Haushalt, wenn dafür eine Realschule geschlossen werde. Dadurch würde die Bezirksregierung für das Land auch Einsparpotentiale bei den Lehrerstellen schaffen. Da noch viele Fragen unbeantwortet geblieben seien, werde die Fraktion nicht zustimmen.

Ratsfrau Dammers stellt fest, dass momentan Flexibilität, Nachdenken und Umdenken gefragt seien, so wie die FDP-Fraktion in den letzten Tagen und Wochen nach- und umgedacht habe. Die Stadt befinde sich finanziell in einer katastrophalen Situation, die einen klaren Kopf erfordere, um Entscheidungen treffen zu können. Die FDP habe mit einem klaren Kopf die neuen Fakten zur Situation der Realschulen geprüft und trage mutig unangenehme Konsequenzen mit. Fakt sei, dass eine Realschule in Oldenburg zu viel sei; dies sei nicht finanzierbar. Es falle bestimmt niemandem leicht, eine beliebte Schule zu schließen. Die neuen Forderungen der neuen Schulgesetzes, Förderstufen einzurichten, ließe sich an der RS Brüderstraße nicht realisieren. Die Sanierung der Bausubstanz erfordere einen Millionenaufwand, der finanziell nicht leistbar sei. Die FDP-Fraktion habe sich daher für ein langsames Auslaufen dieser Schule entschieden.

Ratsherr Hochmann beanstandet, dass die beabsichtigte Schließung weder den Elternwillen berücksichtige noch zukünftig eine freie Schulwahl erlaube. Die Schülerinnen und Schüler identifizierten sich mit dieser Schule, es gebe keine



Gewalt an dieser Schule. Darüber hinaus seien die Lehrer sehr engagiert. Trotz leerer Kassen dürfe gerade im Kinder- und Jugendbereich nicht gespart werden. Herrn Krummacker werfe er vor, er habe die Eltern, Lehrer und Schüler der RS Brüderstraße anlässlich der Podiumsdiskussion belogen und trage damit zur Politikverdrossenheit der Bürger bei. Es sollten, wenn die Schließung von der SPD- und FDP-Fraktion tatsächlich nur wegen der Finanzen gewollt sei, sich Mittel und Wege finden lassen - wie z. B. bei der BBS IV - die RS Brüderstraße zu erhalten, an der nur Oldenburger Schüler unterrichtet würden. Sogar die GSG habe in einem heute erschienenen Presseartikel mitgeteilt, dass sie Möglichkeiten zur Finanzierung städtischer Bauvorhaben sehe. Selbst der Oberbürgermeister habe in diesem Artikel die Bereitschaft begrüßt. Bevor die anerkannte RS Brüderstraße geschlossen werde, müssten alle finanziellen Möglichkeiten geprüft werden, einschließlich Sponsoring und Werbung. Man müsse nur wollen.

Ratsfrau Dr. Niewerth-Baumann ist der Auffassung, dass die SPD-/FDP-/BFO-Koalition schon immer die Schließung der RS Brüderstraße gewollt habe. Denn wenn man die Äußerungen des MdL Wulff höre, dürfe es zukünftig nur noch Schulzentren geben. Sie habe Zweifel an der Aussage, dass eine RS überflüssig sei. Im Jugendhilfeausschuss werde immer gefordert, neue Kindergärten zu bauen und Grundschulen auszubauen, da Oldenburg eine wachsende Stadt sei. Wo sollen diese Kinder nach der Grundschulzeit denn unterrichtet werden können? Die Erklärungen für die notwendige Schließung einer Realschule erscheinen daher nicht logisch. Die zuständige Dezernentin werde aufgefordert, die Verwaltungsvorlage zu erläutern, damit auch die Öffentlichkeit über die Zahlen informiert werde. Erstaunlich sei für sie auch, dass die SPD/FDP nur im Kinder- und Jugendbereich spare. Darüber hinaus falle auf, dass die RS Brüderstraße verkauft werden solle. Dieses sei erst dann möglich, wenn die vorhandene Grundschule auch geschlossen worden sei. Gleichzeitig werde von der Verwaltung ein Grundschulneubau für 1,72 Mio. € vorgeschlagen. Dieses Verfahren könne nicht verstanden werden.

Ratsherr Reinking zitiert aus einem Zeitungsartikel von Freitag, 08.03.2002, „Schulen rücken enger zusammen“, wonach Herr Wulff den „Grünen“ in diesem Zusammenhang Verlogenheit vorwerfe. Sie seien in den Koalitionsverhandlungen die Ersten gewesen, die die Schließung der RS Brüderstraße gefordert hätten. Es sei für ihn nicht nachvollziehbar, warum man jetzt völlig andere Standpunkte vertrete. Im Gegensatz dazu sei Herr Krummacker nicht umgefallen. Die FDP-Fraktion denke sehr schnell, und das sei deren Vorteil. Herr Krummacker habe bei der Podiumsdiskussion seine persönliche Meinung vertreten, was sein gutes Recht sei. Die Fraktion habe sich einstimmig für die Schließung der RS Brüderstraße entschieden, unter Abwägung aller Argumente, einschließlich der niedersächsischen Bildungspolitik.

Ratsherr Mühlbradt drückt aus, dass die heutige Entscheidung sehr schwer falle, da er die Proteste gegen die Schließung sehr gut verstehe. Er müsse aber heute eine wohlüberlegte, verantwortungsbewusste Entscheidung treffen, auch wenn sie ihm nicht gefalle. Die Entscheidung müsse aber die Haushaltssituation und das erhebliche räumliche Überangebot im Realschulbereich berücksichtigen. Es sei empörend, wie unehrlich und fernab jeglicher Realität von einer schwarzgrünen schulpolitischen Koalition die Gefühle der Betroffenen ausgenutzt würden um sich populistisch anzubiedern. In vielen Schulen Oldenburgs sei die Raumnot

gravierend. Die Betroffenen wären glücklich, wenn sie eine räumliche Situation vorfinden, wie es sie im Realschulbereich nach der Schließung der RS Brüderstraße geben werde. Bei der Überlegung, welche RS zu schließen sei, müßten die finanziellen und konzeptionellen Gründe abgewogen werden. Danach sei im Ergebnis die RS Brüderstraße zu schließen. Mit der Schließung dieser RS werde keinem anderen Stadtteil eine RS entzogen, so dass sich in den Schulzentren eine intensive Zusammenarbeit entwickeln und fortsetzen könne. Aus finanziellen Gründen dürften über 1 Mio. € für Renovierungsarbeiten nur dann ausgegeben werden, wenn diese unbedingt notwendig seien. Dieses treffe auf die RS Brüderstraße nicht zu. Die Aussage, der Elternwille werde nicht berücksichtigt, könne nur auf einem Missverständnis beruhen. Der Elternwille könne sich nur auf eine Schulform, nicht jedoch auf eine einzelne Schule beziehen. Die Beliebtheit der RS Brüderstraße sei bislang immer der Grund gewesen, die Überlegungen bezüglich einer Schließung einzustellen. Heute sei das aus den vorgenannten Gründen nicht möglich. Die SPD-Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Ratsherr Norrenbrock wundert sich über die vielen „Freunde“ der RS Brüderstraße bei der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die die Schule vor nicht allzu langer Zeit auch schließen wollten. Weiter stellt er fest, dass für die RS Brüderstraße ein vernünftiges Ergebnis durch das sanfte Auslaufen der Schule erzielt werde. Es falle ihm zwar auch schwer, diese Entscheidung zu treffen, jedoch seien die notwendigen finanziellen Mittel für den weiteren Betrieb nicht vorhanden. Mit dem Beschluss über die Verwaltungsvorlage werde das bestmögliche Ergebnis für die RS Brüderstraße zugesichert.

Ratsfrau Müller teilt mit, dass sie bei den Fraktionsverhandlungen dabei gewesen sei. Es habe keinen Beschluss gegeben, die RS Brüderstraße zu schließen. Entscheidend für diese Diskussion sei die ungenügende Auseinandersetzung mit dem Zahlenmaterial, um danach genau abzuwägen, ob es sinnvoll sei diese Schule zu schließen oder weiter zu führen. Es sei daher erforderlich, diesen Tagesordnungspunkt noch einmal an den Schulausschuss zu verweisen, um über die Zahlen zu beraten und anschließend den Rat darüber entscheiden zu lassen.

Ratsfrau Stolze verweist auf die seit 1986 meist erfolgreichen Haushaltsvereinbarungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der SPD-Fraktion, was sich darin äußere, dass auch gegen den Willen der Verwaltung keine Schule geschlossen wurde. Sie verweist dazu auf die Versuche des ehemaligen Schuldezernenten. Der Oberbürgermeister wolle die Schließung mit den Mehrheitsfraktionen durchsetzen. Ihre Fraktion wolle das nicht.

Ratsherr Stratmann zeigt kein Verständnis dafür, dass die Aussage des Rats Herrn Krummacker bei der Podiumsdiskussion seine persönliche Meinung gewesen sein solle. Dann hätte er auch in der Sitzung des Schulausschusses anders argumentieren müssen. Für eine wichtige Entscheidung müsse man sich Zeit lassen und dürfe sie nicht ohne Beteiligung der Betroffenen treffen. Dieses sei hier nicht geschehen. Selbst der Rat sei von der Entscheidung des Oberbürgermeisters, die RS Brüderstraße zu schließen, über die Zeitung informiert worden und nicht über die Ratsgremien. Wichtig sei ihm auch die Aussage, dass die CDU manchmal ihre Meinung ändere, manchmal auch schneller als es ihm lieb sei. Aber nicht bei den Entscheidungen für Kleinststandorte und Realschulen und bei der Bildungsdebatte in Niedersachsen. Die CDU sei nach wie vor gegen große

Schuleinheiten. Die in der Tischvorlage genannten Zahlen, zu denen er zumindest eine Erläuterung der zuständigen Dezernentin erwartet hätte, seien im Schulausschuss nicht beraten worden. Daher sei der von Ratsfrau Müller gestellte Verweisungsantrag nachvollziehbar. Sollte es tatsächlich für die Schließung eine Mehrheit geben, solle man aufeinander zugehen, die Angelegenheit im Schulausschuss unter Beteiligung der Betroffenen beraten und in der nächsten Sitzung des Rates entscheiden. Er beantragt daher die Zurückverweisung in den Schulausschuss.

Ratsfrau Mulhaupt teilt Herrn Stratmann mit, dass die genannte Tischvorlage versandt worden sei und auch bei ihm seit einer Woche vorliegen müsse. Die SPD-Fraktion meine es ernst mit der Sanierung der Schulen. Damit die Erhöhung des Sanierungsansatzes möglich sei, müsse der schmerzhaft Sparvorschlag gemacht werden, die RS Brüderstraße zu schließen. An die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gerichtet, führt sie aus, dass in den vergangenen Jahren nie ein Vorschlag zur Renovierung der RS Brüderstraße eingebracht worden sei. Sich heute in der Oppositionsrolle hinzustellen, als habe die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Vergangenheit nichts zu tun, halte sie für ein Stück Verlogenheit. Die SPD-Fraktion habe zur Erhöhung der Sanierungsmittel der Schulen einen Finanzierungsvorschlag gemacht, über den heute entschieden werden solle. Daneben müsse der Schulentwicklungsplan in dieser Ratsperiode fortgeschrieben werden, wobei die neuen Regelungen der Schulpolitik berücksichtigt werden müssten.

Ratsvorsitzender Nehring läßt über den gestellten Verweisungsantrag in den Fachausschuss abstimmen:

- abgelehnt bei 26 Nein-Stimmen -

Ratsvorsitzender Nehring bittet die Verwaltung die namentliche Abstimmung vorzunehmen.

Die namentliche Abstimmung (**Anlage 7**) über den TOP hat zum Ergebnis:

- angenommen bei 26 Ja-Stimmen -

In einer persönlichen Erklärung verwahrt sich Ratsherr Krummacker gegen die Behauptung des Ratsherrn Hochmann, er habe bewusst gelogen. Er habe auf der Podiumsdiskussion eine Beschlusslage der FDP-Fraktion, die etwa ein Jahr alt gewesen sei, wieder gegeben. Sie sei zu diesem Zeitpunkt noch gültig gewesen. Am Tag darauf habe es nach mehrstündigen Besprechungen eine neue Beschlusslage gegeben. Er mache noch einmal deutlich, dass er nicht die Unwahrheit gesagt habe. Wer dieses behaupte, begehe eine Diffamierung. Die FDP-Fraktion habe auch nicht dem Leasingvertrag der BBS IV zugestimmt.

## **7.3 Ausschuss für Stadtplanung und Bauen vom 07.03.2002**

- 7.3.1 Gestaltungssatzung für Werbeanlagen an Haupt- und Ausfallstraßen  
- Prüfung der Anregungen  
- Satzungsbeschluss

Vorlage: 02/0186-2 (Anlage 8)

- mehrheitlich bei 15 Enthaltungen -

7.3.2 Änderung Nr. 1 des Bebauungsplanes N-403 I (Posthalterweg – Teilbereich A)

- Prüfung der Anregungen

- Satzungsbeschluss

Vorlage: 02/0185 (Anlage 9)

- einstimmig -

7.3.3 Bebauungsplan W-731 (Am Schlagbaumwasserzug)

- Prüfung der Anregungen

- Satzungsbeschluss

Vorlage: 02/0143 (Anlage 10)

- einstimmig -

7.3.4 Änderung Nr. 2 des Bebauungsplanes S-305

(Jagdweg/ Hubertusweg/ Eustachiusweg)

- Satzungsbeschluss

Vorlage: 02/0108 (Anlage 11)

- einstimmig -

7.3.5 Umlegung Eversten/West

Anordnung der Umlegung

Vorlage: 02/0034 (Anlage 12)

Ratsherr Dr. Niewerth erläutert, dass ein Umlegungsverfahren in Oldenburg noch nicht durchgeführt worden sei. Hier sei es erstmals notwendig. In den vergangenen Jahren, die Aufstellungsbeschlüsse seien im Jahr 2000 gefasst worden, habe sich herausgestellt, dass die Probleme der etwa 20 Privateigentümer und der Stadt ohne Umlegungsverfahren nicht zu lösen seien. Das Verfahren biete sehr viele Vorteile, daher sei die CDU-Fraktion für die Anordnung der Umlegung. Es finde keine Enteignung statt, es gebe einen Interessenausgleich zwischen Vorteilen und Lasten für die Grundstückseigentümer, es fielen keine Grunderwerbssteuern oder andere Gebühren an und es seien Rechtsmittel möglich. Die Geschäftsführung der Umlegung werde dem in solchen Angelegenheiten erfahrenen Katasteramt übertragen.

- einstimmig -

## **7.4 Haushalts- und Finanzausschuss vom 11.03.2002**

7.4.1 Aufnahme eines Kommunalkredites zur Umschuldung für den

Eigenbetrieb Weser-Ems Halle

Vorlage: 02/0139 (Anlage 13)

- einstimmig -

7.4.2 Aufnahme von Kommunalkrediten

Vorlage: 02/0140 (Anlage 14)

- einstimmig -

7.4.3 Aufnahme eines Kommunalkredites für die Klävemann-Stiftung

Vorlage: 02/0141 (Anlage 15)

- einstimmig -

7.4.4 Bewilligung in Höhe von 22.641,48 EUR für die Einrichtung von PC-Unterrichtsräumen

Vorlage: 02/0199 (Anlage 16)

- einstimmig -

7.4.5 Haushalt 2002

Vorlage: 02/0149 und 02/0220 (Anlagen 17 und 18, Anlagen 19 bis 25)

7.4.5.1 Haushaltsplan der selbständigen Stiftungen 2002

- einstimmig -

7.4.5.2 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft 2002

- einstimmig -

7.4.5.3 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Weser-Ems Halle 2002

- mehrheitlich bei 3 Enthaltungen -

7.4.5.4 Wirtschaftsplan des Hafens der Stadt Oldenburg 2002

Ratsherr Adler führt aus, dass es für die PDS-Fraktion nicht einzusehen sei, warum für diesen Bereich keine kostendeckenden Gebühren genommen würden, was indirekt eine Wirtschaftssubvention in Höhe von 40.700 € darstelle. Er schlage vor, diesen Betrag auf die Nutzer umzulegen. Die Einsparungen könnten an anderer Stelle besser verwendet werden.

- mehrheitlich bei 1 Enthaltung und 3 Gegenstimmen -

7.4.5.5 Wirtschaftsplan des Nettoregiebetriebes im Amt für Stadtgrün und Umwelt der Stadt Oldenburg 2002

- einstimmig -

7.4.5.6 Haushaltskonsolidierungskonzept 2001 - 2005

Ratsfrau Gayk weist auf die Verpflichtung der Kommunen hin, ein Konsolidierungskonzept zu erstellen, wenn der Verwaltungshaushalt nicht ausgeglichen

sei. Zu Recht wird in dem Konsolidierungskonzept darauf hingewiesen, dass auf Grund der bundespolitischen Steuerentscheidungen die Kommunen und somit auch die Stadt Oldenburg zukünftig keine ausgeglichenen Haushalte vorlegen könnten. Die Einnahmeausfälle könnten weder durch Mehreinnahmen an anderen Stellen, noch durch Minderausgaben annähernd kompensiert werden. Es werde durch das Konzept der Eindruck erweckt, dass Kürzungen bei den Zuschüssen für soziale Leistungen zu Lasten Schwacher und Kinder, die nur einen geringen Teil des Haushaltes darstellten, zur Lösung des Finanzproblems beitragen könnten. Das vorgelegte Konzept stelle daher einen untauglichen Versuch zur Haushaltskonsolidierung zu Lasten der sozial Schwachen dar. Die Einrichtungen, die sich für diese Personenkreise einsetzen, seien unverzichtbar und müssten weiter unterstützt werden. Die Stadt solle sich glücklich schätzen, solch engagierte Menschen zu haben, die zusätzlich nichtstädtische Mittel für diese Aufgaben gewinnen würden. Auch die beabsichtigte Streichung der Vergünstigungen bei der Benutzung von Bussen, Schwimmbädern und Bildungseinrichtungen sei lächerlich, da diese Einrichtungen überwiegend Fixkosten verursachten. Die dadurch vorgesehenen Einsparungen seien unrealistisch, da der unterstützte Personenkreis ohne Förderung diese Einrichtungen nicht nutzen könne. Zur lokalen Agenda bestehe ein Auftrag für die Verwaltung, die Stelle im Agendabüro zu besetzen. Statt dessen habe die Verwaltung die Personalkosten zurückgenommen und wolle diese Stelle - bei Einstellungsstopp - verwaltungsintern besetzen. Es sei zu befürchten, dass der Wille zur Besetzung fehle. Zusammenfassend stellt sie fest, dass das vorliegende Konsolidierungskonzept nicht einmal ansatzweise die finanziellen Probleme der Stadt löse, statt dessen stelle es einen „Schlag ins Gesicht“ für diejenigen dar, die sich für soziale und ökologische Belange engagierten. Die PDS-Fraktion schlage daher die maßvolle Erhöhung der Gewerbesteuer vor. Darüber hinaus könne nur eine Gemeindefinanzreform, wie sie auch der Städtetag fordere, die strukturellen Probleme der Kommunen lösen.

Ratsfrau Rudolph stellt fest, dass der Verwaltungshaushalt voraussichtlich mit einem strukturellen Fehlbedarf von 29, 5 Mio. € abschließe. Zur Genehmigung des Haushaltes sei daher eine strikte Sparpolitik notwendig und ein Haushaltskonsolidierungskonzept erforderlich. Mit dem Haushaltskonsolidierungskonzept werde geregelt, was unbedingt erforderlich und damit bezahlt werden müsse, und wo Einsparungen vorgenommen werden könnten, um langfristig höhere Einnahmen zu erzielen. Die Verwaltung habe in dem vorgelegten Konzept die Erhöhung der Grundsteuersätze, eine Wiederbesetzungssperre und einen Einstellungsstopp vorgesehen. Darüber hinaus sei die Kündigung von Zuwendungsverträgen mit dem Ziel der Änderung und die Schließung von Einrichtungen vorgesehen. Diese Einsparungen würden dann an anderer Stelle Verwendung finden. Die SPD-Fraktion werde daher dem vorliegenden Konzept zustimmen. Grundsätzlich werde den Ausführungen zur Gemeindefinanzreform, wie von Frau Gayk angesprochen, zugestimmt. Es nütze jedoch nichts, darauf zu warten. Die Stadt müsse selbst tätig werden, um einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erhalten, auch im Hinblick auf die freiwilligen Leistungen, die die Stadt nur zahlen könne, wenn dieser vorliege.

Ratsherr Stratmann stimmt den Vorrednerinnen zum Teil zu. Das vorliegende Konsolidierungskonzept sei Ausdruck eines „Offenbarungseides“, dennoch seien viele der dort vorgeschlagen Schritte richtig, auch wenn sie nicht mehr wirk-

lich helfen würden. Gleichwohl werde die CDU-Fraktion diesem Konzept, auch wegen der vorgeschlagenen Schließung der RS Brüderstraße nicht zustimmen. Der Bundesgesetzgeber habe seit 1998 dreizehn Gesetze beschlossen, die den Kommunen etwa 11 - 12 Mrd. DM gekostet hätten. Wenn es keine umfassende Gemeindefinanzreform gebe, würden es die Kommunen und auch die Stadt Oldenburg alleine nicht schaffen, aus dieser Finanznot heraus zu kommen. Wie der Darstellung in der NWZ am Sonnabend entnommen werden könne, sei zwar durch den Verkauf der Abwasserbeseitigung die Höhe der Verschuldung ein wenig reduziert worden; diese werde jedoch in spätestens vier Jahren wieder auf dem gleichen Stand wie vor dem Verkauf sein. Da selbst der Verkauf des „Tafelsilbers“ nicht mehr helfe, sei der Zustand als katastrophal zu bezeichnen. Dieses dürfe aber nicht dazu führen, sich zurück zu lehnen und nichts zu tun. Die Ratsvertreter seien aufgefordert, die eigenen Hausaufgaben zu machen. Im Gegensatz zu den Äußerungen von Frau Gayk spreche die PDS-Fraktion, die in Berlin mitregiere, betriebsbedingte Kündigungen aus. Sollte die Stadt keinen genehmigten Haushalt erhalten, würden gar keine statt gekürzter Zuwendungen für freiwillige Leistungen fließen. Dies könne nicht gewollt sein. Neben den städtischen Hausaufgaben müsse die Gemeindefinanzreform umgesetzt werden.

- mehrheitlich bei 26 Ja-Stimmen -

#### 7.4.5.7 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2002 (einschließlich Stellenplan 2002)

Ratsvorsitzender Nehring verweist auf die zu beschließende Fassung der mit Schreiben vom 14.03.2002 zugesandten Haushaltssatzung, Haushaltsplan 2002 einschließlich des Stellenplans 2002. Weiter schlägt er folgende Rednerfolge vor: Zunächst der Ausschussvorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses, danach der Oberbürgermeister und anschließend die Fraktionen nach der Anzahl der Ratssitze. Es werden keine Einwände erhoben.

Die Redebeiträge sind als Anlagen 19 bis 25 beigelegt. Es gilt das gesprochene Wort.

Rede Ratsherr Thole (Anlage 19)

Stellvertretender Ratsvorsitzender Reck übernimmt die Sitzungsleitung.

Rede Oberbürgermeister Schütz (Anlage 20)

Rede Ratsfrau Rudolph (Anlage 21)

Stellvertretender Ratsvorsitzender Reck bittet die Zuschauer um Ruhe.

Rede Ratsherr Klarmann (Anlage 22)

Rede Ratsfrau Diederich (Anlage 23)

Ratsvorsitzender Nehring übernimmt wieder die Leitung der Sitzung.

Rede Ratsherr Reinking (Anlage 24)

Rede Ratsherr Adler (Anlage 25)

Oberbürgermeister Schütz stellt klar, dass es eine breite Mehrheit dafür gebe, den Druck zu erhöhen, damit die Gemeindefinanzreform geändert werde zur Aufrechterhaltung des Konnexitätsprinzips, da die Kommunen alleine keine Lösung erarbeiten könnten. Dennoch dürfe es nicht sein, so wie Ratsherr Adler ausgeführt habe, dass die eigene Verantwortung für diese Situation gegen Null gefahren werde. Wer nur das Umland und deren Leistungen betrachte, vergesse die Situation der Stadt Oldenburg. Wer dieses - so wie von Herrn Adler gefordert - als Maßstab nehme, fahre die Finanzen völlig vor die Wand und handle unverantwortlich. Grundsätzlich begrüße er, dass die Mehrheit des Rates, in weiten Teilen auch die CDU-Fraktion, seine Politik unterstütze. Nur gemeinsam sei eine starke Position gegenüber dem Land und dem Bund zu erreichen, damit die Forderung nach einer Gemeindefinanzreform durchgesetzt werden könne. Er danke der Verwaltung, die in den letzten Monaten an der Erstellung des Haushaltes hart gearbeitet habe, um diesen Entwurf heute beschließen zu können. Der Haushalt werde hoffentlich morgen der Bezirksregierung vorgelegt werden können. Die Stadt werde für die Genehmigung keinen Kotau machen; die Bezirksregierung müsse „gezwungen“ werden, den Haushalt zu genehmigen, damit die Stadt weiterhin Leistungen erbringen könne.

Ratsfrau Hartmann verläßt die Sitzung.

- mehrheitlich bei 25 Ja-Stimmen -

7.4.5.8 Finanzplan/Investitionsprogramm 2001 - 2005

Vorlage: 02/0149 (Anlage 26)

- mehrheitlich bei 25 Ja-Stimmen -

**7.5 Sportausschuss vom 13.03.2002**

7.5.1 Vertragliche Absicherung von Zuschüssen für den Sport im Verwaltungshaushalt

Vorlage: 02/0197 (Anlage 27)

- abgesetzt -

**7.6 Ausschuss für Stadtgrün und Umwelt vom 14.03.2002**

7.6.1 Landschaftsschutzgebiet Everstenmoor/Hausbäkeniederung -  
Beschluss zur Einleitung des Verfahrens zur Teilaufhebung im Bereich Marienhort, Bodenburgallee 40

Vorlage: 02/0207 (Anlage 28)

- einstimmig -



## **8. Anträge der Fraktionen und Ratsmitglieder**

### **8.1 Jugendfreizeitstätte Bümmerstede (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)**

Vorlage: 02/0203 (Anlagen 29 bis 31)

Ratsfrau Stolze spricht sich für die Weiterführung der Jugendfreizeitstätte aus, da alle zur Verfügung stehenden jugendpolitischen und finanzpolitischen Zahlen dafür und für den Ausbau der Jugendfreizeitstätte Kreyenbrück sprächen. Fakt sei, dass in keinem anderen Stadtteil die Zahl der 0 bis 18-jährigen so stark gestiegen sei, wie in Kreyenbrück und Bümmerstede. 23,5 % aller Einwohner hätten das Alter von 1 bis 18. Von 1990 bis 2000 sei der Anteil der Kinder und Jugendlichen von 4.564 auf 6.663 gestiegen, wovon allein 2.406 in Bümmerstede wohnten. Dieser statistische Bezirk habe darüber hinaus einen der höchsten Anteile an ausländischen Kindern und Jugendlichen. Außerdem würden in Oldenburg ca. 4.000 Kinder und Jugendliche leben, die Sozialhilfe beziehen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe immer versucht, etwas dagegen zu unternehmen.

Selbst die Verwaltung räume ein, dass die Stadtteile Bümmerstede, Krusenbusch und Drielake in fast allen Hilfebereichen eine höhere Quote als die übrigen Stadtteile Oldenburgs hätten, mit Ausnahme der sozialen Brennpunkte. Nachweisbar sei der Zusammenhang zwischen Unterversorgung mit Tagesbetreuungsangeboten und höheren Bedarfen an erzieherischen Hilfen. In den jetzt betroffenen Stadtteilen sei das Angebot an KiTa- und Hortplätze knapp und es stünden keine ausreichenden Plätze für schulische Betreuungsangebote zur Verfügung. Hier sei ein erhöhter Anteil an „Inobhutnahmen“ zu verzeichnen, die sehr viel Geld kosteten; und das, obwohl diese Bereiche nicht zu den sozialstrukturell besonders benachteiligten Gebieten Oldenburgs zählten. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung Jugendhilfe hätten daher das Fazit gezogen, offensive Jugendhilfe werde sich mittel- und langfristig effektiv kostengünstiger erweisen als eine Jugendhilfe, die immer erst reagiere, wenn bereits vieles zu spät sei.

Der polizeilichen Kriminalitätsstatistik sei zu entnehmen, dass die registrierte Jugendgewalt wie auch die Opferzahlen junger Menschen um mehr als das 3-fache in den letzten 20 Jahren angewachsen seien. Die Besucherzahlen, über 16.000 im Jahr 2000 in Bümmerstede, 15.000 in Krusenbusch und 12.000 in Kreyenbrück, zeigten auf, dass die Jugendfreizeitstätten eine Alternative zu den Cliquen der Jugendlichen darstellten. Es sei ein frommer Wunsch des Oberbürgermeisters, wenn er glaube, dass sich die Jugendlichen aus den verschiedenen Kulturen „zusammenmischen“ ließen. Jeder Euro, der heute für niederschwellige präventive freiwillige Leistung eingesetzt werde, sei eine Investition in die Zukunft junger Menschen.

Sie appelliert anlässlich ihrer letzten Rede an die Mitglieder des Rates, der Schließung der Jugendfreizeitstätte nicht zuzustimmen. Sie werde dem Oberbürgermeister morgen ihren Rücktritt als Mitglied des Rates vorlegen.

Ratsfrau Neumann teilt mit, dass sich die CDU-Fraktion der Vorlage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen anschließe. Die Kinder in der Randlage Bümmerstedes seien infrastrukturell benachteiligt. Sie hätten weite Wege zurückzulegen, um Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, wie z. B. die Kunstschule Klex und das Jugendkulturzentrum Cadillac zu erreichen, und brauchten daher solche Einrichtungen vor Ort, was sich in den bereits genannten Besucherzahlen ausdrücke. Sollte die Jugendfreizeitstätte Bümmerstede geschlossen werden, führe dies zu einer Unterversorgung im Stadtsüden, also in Stadtteilen, die ständig wachsen würden. Dazu sei

gerade in den Bereichen mit vielen Migranten- und Ausländerfamilien eine professionelle und sensible Kinderintegration notwendig. Diese Integration müsse in kleinen Einheiten und vor Ort geschehen und könne nicht in einer übergroßen Jugendfreizeitstätte geschehen. Prävention sei bislang immer der Erziehungshilfe vorgezogen worden, was zum einen gesetzlich vorgesehen, zum anderen wesentlich kostengünstiger sei. Eine Schließung der Jugendfreizeitstätte sei daher kontraproduktiv und werde zukünftig mehr Kosten verursachen als eingespart würden. Die Jugendfreizeitstätte müsse daher erhalten bleiben. Für die CDU-Fraktion beantrage daher namentliche Abstimmung.

Ratsfrau Eilers-Dörfler führt aus, dass die SPD-Fraktion dem von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gestellten Antrag nicht zustimmen werde. Wie bereits von ihr im Fachausschuss ausgeführt, zwingt die desolote Haushaltslage zum Handeln und es müssten Entscheidungen über alle freiwilligen Leistungen getroffen werden, auch wenn dieses „von außen“ zunächst nicht auf Verständnis stoße. Die Schließung einer Jugendfreizeitstätte sei aus Sicht der SPD-Fraktion nur dann vertretbar, wenn eine Ausgewogenheit in den verbleibenden Einrichtungen gewährleistet sei. Da der Stadtsüden derzeit über drei Freizeitstätten verfüge, die in einem Radius von ca. zwei Kilometern zu erreichen seien, werde die SPD-Fraktion der Schließung der Jugendfreizeitstätte Bümmerstede zustimmen. Die Kompromisslösung der SPD-Fraktion, dass die Jugendfreizeitstätte erst geschlossen werde, wenn die „neue“ Jugendfreizeitstätte Kreyenbrück eröffne, gewährleiste einen nahtlosen Übergang. Die SPD-Fraktion sei überzeugt, dass mit einem neuen Raumangebot in Kreyenbrück und einem entsprechenden pädagogischen Konzept, welches bei der Verwaltung eingefordert werde, es möglich sei, beide Interessengruppen - Bümmerstede und Kreyenbrück - zu berücksichtigen und miteinander zu verbinden. Beiden Jugendfreizeitstätten bleibe noch genügend Zeit, eine gemeinsame konzeptionelle Nutzung für eine integrierende Zukunft der Kinder und Jugendlichen zu erarbeiten. Abschließend stellt Frau Eilers-Dörfler für die SPD-Fraktion einen Änderungsantrag zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (**Anlage 30**).

An Frau Stolze gerichtet teilt sie mit, dass sie dieser Rücktritt überrasche. Gerade das Engagement von Frau Stolze im Jugendhilfeausschuss sei eine Bereicherung gewesen und dafür spreche sie ihr Dank und Anerkennung aus für die hervorragende Arbeit.

Ratsherr Reinking erklärt, dass er sich die Jugendfreizeitstätten in Bümmerstede und Kreyenbrück angeschaut habe. Er habe die Strecke abgefahren, um festzustellen, welche Entfernung den Kindern und Jugendlichen durch die Schließung der Jugendfreizeitstätte Bümmerstede zugemutet werde. Die Entfernungen betragen zwischen der Freizeitstätte Bümmerstede und Kreyenbrück 2,3 Km und 2,9 Km zur Einrichtung am Dwaschweg. Es handele sich also um zumutbare Entfernungen, die durch die Nutzung von Fahrrädern noch reduziert werden könnten. Die FDP-Fraktion werde der Schließung der Freizeitstätte Bümmerstede zustimmen, da auch die Kontinuität des Angebotes gewährleistet werde. Ebenso sei Entscheidungskriterium gewesen, die Räumlichkeit für das Jugendtheater der Jugendfreizeitstätte Bümmerstede zu erhalten, in der neuen Einrichtung oder den alten Räumlichkeiten. Die Fraktion habe sich daher einstimmig für die Schließung der Jugendfreizeitstätte Bümmerstede entschieden.

Ratsherr Adler erklärt für die PDS-Fraktion, dass diese dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zustimmen werde. Nicht nur in der Beschlussfassung sondern auch in der Begründung, die so unglaublich sachkompetent und hervorragend durch Ratsfrau Stolze vorgetragen worden sei. Er bedauere daher, dass Frau Stolze dem Rat nicht mehr zur Verfügung stehen werde. Zur Schließung führt er aus, dass die Planungen aus der letzten Ratsperiode stammten und ursprünglich mit der Jugendfreizeitstätte Bümmerstede nichts zu tun gehabt hätten. Es sei nie thematisiert worden, dass die neue Freizeitstätte Kreyenbrück die in Bümmerstede ablösen solle. Erst durch den Vorschlag des Oberbürgermeisters, die Jugendfreizeitstätte Bümmerstede zu schließen, sei die SPD/FDP-Koalition darauf eingeschwenkt. Er erinnert an das ständige Werben der FDP-Fraktion in der letzten Ratsperiode für den Kriminalpräventivrat, was überhaupt nicht mehr mit dem heutigen Beschlussvorschlag übereinstimme. Es dürfe nicht an der Jugend gespart werden.

Ratsfrau Dr. Niewerth-Baumann stellt fest, dass die entscheidenden Argumente bereits vorgetragen worden seien von Frau Stolze und Frau Neumann. Sie wolle nur auf den Beitrag von Herrn Reinking eingehen, der die Strecken mit dem Auto abfahre, die er den Kindern und Jugendlichen mit dem Fahrrad zumuten wolle. Sie würde ihrer Tochter nicht zumuten zwei Kilometer mit dem Fahrrad zu fahren. Zu dem Kompromiss von Frau Eilers-Dörfler stellt sie fest, dass es sich um einen faulen Kompromiss handele, da die Freizeitstätten in Kreyenbrück und Bümmerstede benötigt würden. Die Mehrheit der Nutzer der Freizeitstätte in Bümmerstede werde nicht das Angebot in Kreyenbrück annehmen und sich dann auf der Straße aufhalten, wodurch zukünftig Probleme entstehen würden. Die CDU-Fraktion werde daher dem Beschlussvorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zustimmen. Abschließend dankt sie Frau Stolze für die gute Zusammenarbeit und bedauert, dass sie ihr Ratsmandat nicht mehr ausüben werde.

Ratsvorsitzender Nehring stellt fest, dass die von der CDU-Fraktion beantragte namentliche Abstimmung über den eingebrachten Änderungsantrag der SPD-Fraktion zu erfolgen habe und bittet die Verwaltung, die namentliche Abstimmung vorzunehmen.

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion wird angenommen:

- mehrheitlich bei 25 Ja-Stimmen -

Oberbürgermeister Schütz bedankt sich bei Frau Stolze für die langjährige Arbeit und Zusammenarbeit im Namen aller Mitglieder des Rates. Sie habe überzeugende Arbeit geleistet, wofür er ihr die Anerkennung des gesamten Rates ausspreche.

Nehring  
Ratsvorsitzender

Reck  
stv. Ratsvorsitzender

Schütz  
Oberbürgermeister

Szymanski  
Protokollführer